

# Marokko

## Mehr Demokratie für mehr Monarchie

Hans R. Blumenthal

Mourad Errarhib

Februar 2003

- Seit 1996 ist Marokko der EU durch wirtschaftliche Assoziierung verbunden. Mit großem Interesse, aber ohne Illusionen beobachten die marokkanischen Eliten daher die EU-Mitgliedschaftsbemühungen der Türkei. Das europäische Zögern wird meist als Zurückweisung der islamischen Welt insgesamt interpretiert.
- Offiziell ist Marokko eine konstitutionelle Monarchie. Der König ist allerdings zugleich „Befehlshaber der Gläubigen“, da das Königshaus sich vom Propheten Mohammed ableitet. Als solcher stellt ihn die Praxis der marokkanischen Rechtsprechung über die Verfassung.
- Im politischen System „kohabitieren“ zwei Subsysteme: das durch die normative Kraft des Faktischen und die Macht des Königs abgesicherte des *Makhzen*, das als politische Verwaltungsstruktur von den durch den König ernannten Beratern und regionalen Autoritäten bis hin zu den Stadtviertel-Verwaltungsvorstehern reicht. Zum anderen gibt es ein parlamentarisch-demokratisches Subsystem, das teils in Ergänzung, teils parallel oder in Interferenz mit dem Makhzen arbeitet, letztlich jedoch – noch – von diesem determiniert scheint.
- Die Parlamentswahlen im September 2002, die ersten in der Regentschaft von Mohamed VI, waren die ersten – überwiegend – fairen und transparenten Wahlen in der Geschichte Marokkos, sorgfältig durch ein neues Wahlgesetz (Verhältniswahlrecht), neue Wahlkreise und Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Wahlkontrolle vorbereitet.
- Ein revolutionär anmutendes Resultat war die über eine Art Quotenregelung erreichte Erhöhung des Frauenanteils im Parlament von 2 (0,6 %) auf 35 (10,7 %) Abgeordnete.
- Virtueller Wahlsieger ist die islamistische „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung – PJD“, die, obwohl nur in 56 von 91 Wahlkreisen angetreten, ihr Ergebnis mit 42 Sitzen gegenüber 1997 verdreifachen konnte und nun drittstärkste Partei ist. Der Erfolg der PJD hat die These, Marokko sei immun gegenüber dem Islamismus, als Wunschdenken erwiesen, aber auch Bewegung in das islamistische Lager gebracht, da jetzt Wahlen, anders als früher, als reale Option für den Weg zur Macht erscheinen können.
- Zunächst schien eine Fortsetzung der bisherigen 7-Parteien-Koalition unter Führung der sozialistischen USFP (geschwächt) und der national-konservativen Istiqlal (gestärkt) möglich. Der König ernannte aber überraschend den parteilosen früheren Innenminister Driss Jettou zum Premierminister sowie als Erweiterung seiner königlichen Privilegien neben den sogenannten Souveränitäts-Ministern (Verteidigung, Innen, Außen, Religion, Justiz) auch noch weitere parteilose Fachminister in wirtschaftspolitischen Feldern.

- Die damit entstandene neue Konstellation einer „exekutiven Monarchie“ könnte für den König größere Risiken bergen, da mögliches Versagen der Regierung nun ihm angelastet werden könnte. Diese Veränderungen und die Rolle des Königs dabei werden auch als Transformation des Makhzen gedeutet: weniger repressiv und klientelistisch, dafür pragmatischer und entwicklungsorientierter, aber ebenso orientiert auf zentrierte Macht.

### Stolpersteine demokratischer Transition: zum politischen System Marokkos

Wie sein 14,5 km (Meerenge von Gibraltar) entfernter nördlicher europäischer Nachbar Spanien und wie andere europäische Staaten ist Marokko offiziell eine konstitutionelle, parlamentarische Monarchie. Wie dem spanischen König im Artikel 56 der Verfassung von 1978 werden auch dem marokkanischen König im Artikel 19 der Verfassung von 1996 Rechte und Pflichten als oberstem Repräsentanten des Landes und als Garanten der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität und der Freiheitsrechte der Bürger zugewiesen. Nach Artikel 19 **ist der marokkanische König allerdings auch der „Befehlshaber der Gläubigen“ (amîr al mu'minîn) in Marokko**, weil das seit dem 17. Jahrhundert regierende Alaouitengeschlecht als Nachfahre des Propheten Mohamed, der Verbindung zwischen dessen Tochter Fatima und dessen Schwiegersohn Ali entstammend, gilt. Kritische marokkanische Verfassungsjuristen interpretieren diese „Sakralität“ des Königs als strikt religiöse. **Die Praxis der marokkanischen Rechtsprechung, mindestens seit 1970, stellt den König jedoch in dieser „sakralen“ Eigenschaft unter keinerlei Kontrolle und damit über die Verfassung.** Diese juristische Immunität, so bemerken islamische Kritiker, wurde selbst den Kalifen in früheren Zeiten nicht gewährt. So wird das Beispiel des Kalifen Omar zitiert, der im Namen der Gemeinschaft der Gläubigen einer Frau, die wegen seines Verhaltens eine Fehlgeburt erlitt, Schadenersatz leisten musste.

**Im marokkanischen politischen System „koha-bitieren“ zwei Subsysteme**, von denen das erste

weiterhin das dominierende zu sein scheint. Dies auch, nachdem im Jahre 1999 der heute 38-jährige liberalere Mohamed VI seinem autoritär bis despotisch regierenden Vater Hassans II nachfolgte. Das erste, eher informelle, nicht unbedingt durch die Verfassung, jedoch durch die „normative Kraft des Faktischen“ und die Macht des Königs abgesicherte, ist das des **Makhzen** (gesprochen: Machsen). Unübersetzbar ins Französische, beschreibt der Begriff die traditionellen an den Hof gebundenen Netze, die sich in Konkurrenz, auch Interferenz, zu den staatlich-demokratischen Institutionen durch das Königreich ziehen. **Der Makhzen ist zugleich Struktur und Kultur. Eine Kultur aus Ritualen, Zeremonien, Traditionen, Unter- und Überordnungen. Als solches ein spezifisches Konzept von Hierarchie und Autorität**, das die politischen und wirtschaftlichen Eliten, damit die marokkanische Gesellschaft in ihrer Gesamtheit prägt und ihren relevanten Teilen Privilegien und Rang zuweist entsprechend ihrer familiärer Position, ihren sozialen Verbindungen und vor allem ihrer Nähe zum Zentrum der Macht, dem König. **Der Makhzen ist zugleich eine politische Verwaltungsstruktur von vom König ernannten Beratern und regionalen Autoritäten**, den Walis, bis zu den Stadtviertel-Verwaltungsvorstehern, den Moquadems, reichend. Eine Struktur mit Verwaltungs- und Sicherheitsaufgaben, die in dieser Form, zum Teil parallel zu den gewählten Gebietskörperschaften, Stadträten u.a.m., zum Teil diese überlappend, die öffentliche Ordnung bewahrt. Forderungen nach **Einführung einer parlamentarischen Monarchie** nach Muster

Belgiens, Englands oder später Spaniens wurden schon zu französischen Protektoratszeiten in den 50er Jahren und später von allen Oppositionsparteien, vor allem den größten, der sozialdemokratischen USFP und der national-konservativen Istiqlal, bis in die 90er Jahre erhoben. Heute werden sie – zumindest öffentlich – nur noch von populären islamistischen Bewegungen und der neu geformten „radikal“-linken PGSU vertreten, deren Wahlerfolg mit nur 3 Sitzen im Parlament sehr beschränkt war. Doch **auch wenn solche konstitutionellen Fragen derzeit von den Parteien im Konsens vermieden werden, bleiben sie sensibel genug, um in anderen politischen Konjunkturen wieder an Bedeutung gewinnen zu können.**

**Das zweite Subsystem ist das parlamentarisch-pluralistische mit Wahlen und demokratischen Institutionen.** Es besteht aus zwei Kammern: dem (seit 2002 nach Verhältniswahlrecht) für 5 Jahre direkt gewählten Repräsentantenhaus mit 325 Mitgliedern und einer Art „Stände-Kammer“, der als indirekt gewählten und damit beeinflussbareren, in der Verfassung von 1996 vom damaligen König Hassan II als Gegengewicht konzipierten „Chambre des Conseillers“. Ihre 3/5 lokalen Vertreter und 2/5 Vertreter von Berufsvertretungskammern und Gewerkschaften werden zu einem Drittel alle drei Jahre neu gewählt. Kritiker halten diese zweite Kammer für ein die parlamentarische Funktion eher schwächendes Gebilde und damit für ein institutionelles Hemmnis eines demokratischen Transitionsprozesses in Richtung europäischer Muster. Sie bemängeln das Fehlen einer klaren Aufgabe, die bisherige Praxis der über 500 Mitglieder der zweiten Kammer, über gleiche Fragen zu schon in der ersten Kammer vorläufig beschlossenen Gesetzesvorhaben deren Arbeit zu verdoppeln und damit zu verlangsamen (die auch Mohamed VI in einer Rede 1999 bemängelte), die anscheinend massiven Manipulationen bei ihrer letzten Drittelerneuerung im Jahre

2000, aber auch ihre Kosten von rd. 26 Millionen Euro pro Jahr

Eine weitere als institutioneller „Stolperstein“ bewertbare Besonderheit betrifft die **Stellung der Regierung und des Premierministers**. Auch sie zeigt den Charakter der Verfassung von 1996 als Kompromiss zwischen einem bis zu den 90er Jahren autoritär-despotisch regierenden, nun alternden König (Hassan II), der seine Nachfolge auch durch Kooptation regeln wollte, und den bisherigen Oppositionsparteien, die aus patriotischen und/oder politischen Mitbestimmungsgründen das Inkrementalistisch-Mögliche suchten. Denn einerseits muss die vom König ernannte oder bestätigte Regierung ihr Programm in beiden Kammern vorstellen und das Vertrauen und damit die Mehrheit des Abgeordnetenhauses erhalten (Artikel 60 der Verfassung), andererseits (Artikel 66) ist sie vorab schon durch das vom König zu billigende Regierungsprogramm gebunden. Im Zweifelsfalle könnte also eine klare parlamentarische Mehrheit weder das Regierungsprogramm, für das sie gewählt wurde, durchsetzen, noch, wie sich nach den Wahlen vom September 2002 zeigte, den Premierminister stellen.

**Ein weiteres Hemmnis könnten „Landschaft und interne Struktur“ (vor allem der großen) politischen Parteien darstellen.** Auch wegen der „unnatürlichen“ Koalition zwischen der national-konservativen Istiqlal, der sozialistischen USFP und fünf weiteren kleineren Mitte-, Berber- und Linksparteien unter dem sozialistischen Premierminister Youssoufi, die als „Alternance-Regierung“ von 1998 bis 2002 regierte, scheint sich dem Wähler bei seinem Votum **keine Entscheidungsalternative zwischen Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Blöcken** zu bieten. Die Parteien gelten heute als kooptierte Regierungsparteien, denen es mehr um Positionen und Pfründe als um Programme geht. Dieses Image, besonders aber die mangelnde innere Demokratie schwächt die Parteien und das Parlament sowie ihre Legitimität

in Reformforderungen und -verhandlungen gegenüber der zentralen Macht im Lande. Zugleich erleichtert es dieser, die Parteien zu instrumentalisieren und ggf. auch zu manipulieren. Gewissermaßen als unbeabsichtigte Nebenfolge geben diese parlamentarischen und (partei-)politischen Problemfelder der Macht des Königs und indirekt auch der des Makhzen noch größeres Gewicht.

Vor diesem Hintergrund und in diesem Kontext sind die zentralen politischen Ereignisse des Jahres 2002, Parlamentswahlen und Regierungsbildung, zu sehen und zu bewerten.

### Die Wahlen vom September 2002: mehr Demokratie für mehr Monarchie

In liturgisch anmutender Form wurden die Wahlen vom 27. September, die ersten der Regentschaft Mohamed VI wie auch der 1998 angetretenen Alternance-Regierung als erste transparente und faire der marokkanischen Geschichte beschworen. Die politische Klasse Marokkos, der 39-jährige Monarch, der Premierminister, der vom König ernannte Innenminister (und später Premierminister), Regierung und Parteien hatten sich entsprechend vorbereitet: ein neues Wahlgesetz wurde vereinbart, ein einziger Stimmzettel ersetzte zwecks Vermeidung von Manipulation die früher vielfachen der Parteien. Wahlkreise wurden fairer zugeschnitten, die Wahlkampffinanzierung transparenter gestaltet, die Zivilgesellschaft an der Wahlkontrolle beteiligt. Die Anstrengungen hatten Erfolg: trotz – wie in anderen Ländern mit ähnlicher Sozialstruktur – Stimmenkaufs verliefen die Wahlen, auch nach Ansicht ausländischer Beobachter, überwiegend fair.

14 der etwa 31 Millionen Marokkaner waren wahlberechtigt, 51 % gaben ihre Stimmen ab, davon ca. 15% ungültige. In 91 Wahlkreisen und auf einer nationalen Liste (10 %) bewarb sich eine „balkanisierte“ Parteienlandschaft (26) mit rd. 5.000 Kandidaten nach Verhältniswahlrecht und 3%iger Sperrklausel um die 325 Sitze des Parlaments. Die Wahlkampagne war zweigeteilt: Die offizielle Kampagne, vom Staat über Fernsehen und Radio geführt und in ernsthafter, pädago-

gischer Weise zugeschnitten auf die 61 % Analphabeten innerhalb der Wahlbevölkerung (in der Gesamtbevölkerung: ca. 46 %), sensibilisierte die Marokkaner für die Wahlen. Der parteipolitische Wahlkampf war (mit Ausnahme der islamistischen PJD) lediglich auf die Führer der eigenen Listen und den Verkauf der jeweiligen Parteilogos, Kamel, Pferd, Waage usw., ausgerichtet und inhaltslos. **Ein revolutionäres Ergebnis war die Frauenvertretung im neuen Parlament**, die von zwei Frauen (0,6 %, 1997) mit jetzt 35 gewählten Frauen auf über 10 % stieg. Sie war möglich geworden durch eine Vereinbarung zwischen den Parteien, die nationale Liste, die 30 Parlamentarier besetzt, für Frauen zu reservieren. Fünf Frauen wurden direkt gewählt.

**Dass die Essenz der Macht weiterhin beim König liegen würde, war wohl den meisten Wählern bewusst.** Dies, die in breiten Kreisen gefühlte Loyalität zum König, Armut und Analphabetentum in der Wählerschaft, die unübersichtliche Parteienlandschaft und das komplizierte Wahlsystem ließen auch die Wahlbeteiligung von 51 % als ausreichende Legitimität verschaffendes Votum erscheinen. Diesmal war es zudem zum ersten Mal in den sieben seit der Unabhängigkeit im Jahre 1956 anberaumten Wahlgängen die *wirkliche* Wahlbeteiligung mit dem – annähernd – wahren Wahlergebnis.

Die Resultate machten eine Fortsetzung der nach den letzten Wahlen 1997 gebildeten Koalition möglich, Wahlen, von denen noch angenommen wurde, der damalige Innenminister Driss Basri und damit der König habe vorab die Resultate gekannt: eine seit März 1998 regierende Koalition aus sieben Parteien unter Führung der sozialdemokratischen USFP (50 Sitze minus 7), der nationalkonservativen Istiqlal (PI) (48 Sitze plus 16) und der in der marokkanischen Presse gelegentlich als „Partei der Barone“ bezeichneten liberal-professionellen Mitte-Partei Rasseemble-

blement National des Indépendants (RNI) (42 Sitze minus 5) (Wahlergebnisse, s. Anhang 1). **Letztlich jedoch lag die Entscheidung beim König. Ohne Kandidat gewesen zu sein, ging er aus den Wahlen gestärkt hervor: er hatte sich als Garant der Demokratie, eines liberaleren Marokko und als eventueller Verbündeter gegen den Islamismus, erwiesen: „mehr Demokratie für mehr Monarchie“.**

### Bilanz der Alternance-Regierung ?

Die „Union Socialiste des Forces Populaires“ unter ihrem traditionellen Führer, dem 80-jährigen Abderrahim Youssoufi, bezahlte, obwohl stärkste Partei geblieben, ihren Weg zur „Mitte“. Sie hat größere Teile ihres Gewerkschaftsflügels, gute linke Kader und Teile ihrer Arbeiterbasis in industriellen Zentren und in den großen Städten des Landes, Casablanca, Rabat, Meknes und Agadir, verloren. Dafür gewann sie in ländlichen Gegenden, in denen ihr früher der königliche Machtapparat Makhzen keinen Zugang gewährt hatte und in denen Königstreue von den Wählern belohnt wird. Youssoufis Partei wurde vorgeworfen, sie habe sich nach ihren langjährigen, glorreichen Zeiten als sozialistische Opposition in nur knapp über vier Jahren zur „Regierungs“-Partei verwandelt, der es um Machtteilhabe, nicht aber um ihre Programmatik gehe. Seiner Regierung habe über ihre Integration ins politische System des Königreichs ihre Spielräume in der Kohabitation mit dem Monarchen zu wenig genutzt. Sie habe wesentliche Reformen wie die des die Frau diskriminierenden Personenstandsrechts (Moudawana) aus der Hand gegeben, sie sei nicht fähig gewesen, die dringenden sozialen und vor allem wirtschaftlichen Probleme des Landes anzugehen. Von den Ergebnissen her mag der Vorwurf des

Zögerns und auch Versagens in der Wirtschaftspolitik berechtigt, der auf Anstrengungen in der Sozialpolitik bezogene jedoch unangemessen erscheinen: so erhöhte sich das Sozialbudget von 40 % 1996 auf 48 % im Jahre 2002. Dies trotz erheblicher budgetärer Beschränkungen. Im Erziehungsbereich, der rd. 21 % des Staatsetats ausmacht, wurden mangels finanzieller Möglichkeiten größere strukturelle Reformen vorgenommen, die zu einer Verallgemeinerung der Einschulung von Sechsjährigen im Jahre 2003 führen sollen. Im Gesundheitsbereich wurde ein zweigliedriges Versicherungssystem vorbereitet, das den unterprivilegierten Bevölkerungsteilen bessere Chancen auf Gesundheitsvor- und -fürsorge einräumt. Im Kampf gegen die Armut schuf die Regierung neue Institutionen, vor allem die Agentur für Soziale Entwicklung, der eine bessere Koordination der unterschiedlichen Programme zur Armutsbekämpfung, kostenloser Schulunterricht, kostenlose Gesundheitsversorgung, Subventionen von Grundnahrungsmitteln, Alphabetisierungs- und Kleinbetriebsprogrammen gelang. Im ländlichen Bereich stieg die Zahl der Bewohner mit Zugang zu Wasser- und Elektrizitätsversorgung von 14 % bzw. 22 % im Jahre 1996 auf 48 % bzw. 50 %. Infrastruktur und weitere Sozi-

alprogramme, beispielsweise im Wohnungsbau, kamen hinzu. Trotz der Gründung einer „Agence National de Promotion de l'Emploi et des Compétences“ (ANAPEC) scheiterte die Regierung jedoch in ihrem Bemühen, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Dies wegen der wirtschaftlichen Rah-

menbedingungen, aber auch – so zumindest Kritiker – weil sie die versprochene Reform des Arbeitsgesetzes nicht durchzusetzen in der Lage war.

### Die islamistische PJD: der virtuelle Wahlsieger

Die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (Parti de la Justice et du Développement / PJD), die schon 1997 in der „leeren aber legalen Hülle“ einer Partei namens „Populäre, konstitutionelle und demokratische Bewegung“ (MPCD) angetreten war, konnte ihr Ergebnis mit 42 Sitzen verdreifachen. Von vielen als gemäßigt, von manchen als „fünfte Kolonne“ eines radikaleren Islamismus gesehen, erreichte sie dieses Ergebnis, obwohl sie nur in 56 von 91 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hatte. Ob sie dies aus Selbstbestimmung mit Blick auf die jüngere Geschichte des Nachbarlands Algerien tat, wie es ihre Führer darstellen, oder auf Druck bzw. Empfehlung der marokkanischen Sicherheitsdienste, ob sie die Oppositionsrolle noch einer Regierungsbeteiligung vorzog, da die Praxis einer solchen ihre Anhänger enttäuschen müsste, oder ob alle drei Faktoren für sie Motive waren, wird in marokkanischen, politischen Zirkeln mit unentschiedenem Ergebnis diskutiert.

Die PJD hatte zu Beginn der Regierung des Sozialisten Youssoufi diese etwa zwei Jahre „kritisch unterstützt“. Ab Oktober 2000 betrieb sie dann eine Art Fundamental-Opposition. Ihr Wahlkampf richtete sich gegen die traditionellen Eliten Marokkos, die „Diebe des Volkseigentums“, vor allem aber gegen die Linke und dabei die Regierungspartei USFP, die „Gott- und Nutzlosen“. Im Unterschied zur größten islamischen Bewegung, „Gerechtigkeit und Wohlfahrt“ (Al Adl Wal Ihsane) mit ihren zahlreichen Bildungs-,

studentischen Orientierungs- und sozialen Hilfsorganisationen unter Führung des 65-jährigen Cheikhs Abdessalam Yassine, der das marokkanische Konzept und damit die Wahlen als nicht legitim ansah und daher nicht an ihnen teilnahm, erkannte die PJD den marokkanischen König als Staatsoberhaupt und als „Befehlshaber der marokkanischen Gläubigen“ an, akzeptierte Wahlen als demokratischen Mechanismus und integrierte sich folglich (taktisch und vorgeblich nach Meinung mancher Kritiker) in das politische System des Landes. Präsident der PJD ist Dr. Abdelkrim Khatib, historischer Widerstandskämpfer gegen den französischen Kolonialismus. Als wahre Führer gelten der Professor Abdelilah Benkirane, der Anwalt Mustapha Rhamit und der Psychiater Saad Eddine El Othmani. Die PJD hatte in den meisten Städten und dort auch frühere Wählerschaften von USFP und Istiqlal gewonnen. Sie siegte in der mit Abstand größten marokkanischen 7 Mio.-Industriestadt Casablanca mit elf Abgeordneten, sie gewann die Wahlkreise Rabat Océan und Rabat Chellah, sie hatte Erfolge in Fes und Tanger. Sie fand ihre Anhängerschaft in den Bidonsvilles der Großstädte ebenso wie bei Professionellen, Ärzten, Anwälten und anderen Vertretern von Berufen mit abgeschlossenem Hochschulstudium.

**Der virtuelle Sieg der PJD erwies die lange im Lande vertretene These, Marokko sei immun gegenüber dem Islamismus, als Irrtum oder Wunschdenken. Seine Bedeutung wird gegen-**

**sätzlich interpretiert:** eine Interpretation ist die der PJD als der wichtigsten politischen Kraft im Lande, wenn sie in allen 91 Wahlkreisen angetreten wäre. Unklar bleibt dabei, wie viele Stimmen das islamische Lager insgesamt bei einer Beteiligung der wahrscheinlich zahlreicheren und populäreren Bewegung der „Al Adl Wal Ihsane“ von Cheikh Yassine und anderen Organisationen an den Wahlen gewonnen hätte. Spekulationen über das virtuelle bzw. reale Wählerpotential des Islamismus in Marokko reichen von ca. 20 bis über 40 %. Unwahrscheinlich scheinen Verschwörungs-Spekulationen, die PJD sei von Anfang an lediglich Teil einer von den ägyptischen Muslimbruderschaften inspirierten Mechanik und Strategie eines Doppelwegs des marokkanischen Islamismus gewesen, zugleich politische Partei zu sein für die Auseinandersetzung mit der Macht und soziale Bewegung zur Gewinnung der Herzen.

**Sicher allerdings ist, dass der Erfolg der PJD Bewegung in das islamistische Lager des Landes brachte.** Während die tunesischen Erfahrungen vom 7. November 1987 und die Repressionen gegenüber Cheikh Yassine und seinem Führungszirkel durch die marokkanischen Sicherheitsdienste Anfang der 90er Jahre eine Wahlbeteiligung früher als nicht gangbaren Weg zur Macht erscheinen ließen, **wird nun auch im „fundamentalistischeren“ Lager von politischer Öffnung und Dialog gesprochen und über Wahl- und Parteienoptionen nachgedacht.** Fathallah Arsalane, Sprecher der Bewegung von Cheikh Yassine, appellierte an die Notwendigkeit einer Wiedervereinigung der islamistischen Bewegungen. Al Moutawakil, von vielen als Nachfolger von Yassine betrachtet, leitet inzwischen einen politischen Arbeitskreis innerhalb der Bewegung, der als erste Etappe für einen späteren zweiten Schritt, die Gründung einer politischen Partei, gesehen werden kann. Die Bewegung des Cheikhs glaubte, sich zunächst fest in breiten Teilen der Gesellschaft verankern zu müssen,

bevor sie sich Wahlkämpfen stellt. Mit dem Erfolg der PJD mag diese Strategie sich verändern. Zentraler Konfliktpunkt zwischen Al Adl Wal Ihsane und der PJD ist die Anerkennung des Königs als „Befehlshaber der Gläubigen“. Nur wenn Yassine seine Position aufgeben würde – was unwahrscheinlich ist –, könnte es zu einer islamistischen Partei mit breiterer Basis, die sich an Wahlen beteiligt, kommen.

Andere Differenzen, beispielsweise im Führungsprinzip – Cheick Yassine ist die einzige absolute Autorität in seiner Bewegung, in der PJD scheint es eine kollektive Führung zu geben –, werden sich dann überwinden lassen. Cheikh Yassine würde die Rolle des spirituellen Führers im Hintergrund von beiden Organismen, Partei und Bewegung, zufallen. Ob dann der im Dezember ausgegebene Slogan des Führers einer anderen islamistischen Organisation, der „Bewegung für Einheit und Reform“ (Atawhid Wal-Islâ), **„der Islam als Basis, die Monarchie als Sockel und die Nicht-Gewalt als Verhaltensmaxime“** gelten würde, bleibt abzuwarten.

Eine zweite Interpretation des PJD-Wahlerfolgs relativiert diesen: als transparente und faire hätten diese Wahlen zum ersten Mal die wahren Gewichte der unterschiedlichen politischen Formationen gezeigt. Die bisherigen – nicht nur sanften - Repressionsmaßnahmen gegenüber dem marokkanischen Islamismus hätten dabei zu einem „Wählerüberdruck“, also einem einmalig überzogenen Ergebnis geführt. Vor allem aber seien größere Teile der PJD-Stimmen solche des Protests gegenüber den enttäuschten Erwartungen durch die traditionellen, an der Regierung beteiligten großen Parteien. Bei einer Wahlbeteiligung von 51 % bliebe außerdem ein großes Wählerpotential, das bei besserer Performance durch die traditionellen Parteien ausgeschöpft werden könne.

**Mehrere Faktoren führten zum guten Abschneiden der PJD.** Sie war Ausdruck und Folge:

- ihrer – im Vergleich zu den traditionellen Parteien Istiqlal, USFP oder RNI – größeren inneren Demokratie, beispielsweise in der Erstellung der Wahllisten, und der spirituellen, fürsorglichen, realen Nähe zwischen Führung und Mitglieder- bzw. Wählerbasis und damit einer wirksameren, da partizipativeren Wahlkampagne, wie auch der Wählerenttäuschung durch die großen Parteien und die Alternance-Regierung;
- ihrer machtpolitischen „Jungfräulichkeit“ und damit ihrer „Reinheitsvermutung“ durch die Wählerschaft;
- eines islamischen Identitäts- und Solidaritätsvotums gegenüber der internationalen politischen Konjunktur (Bin Laden-Effekt);
- der Unterstützung der Imame in den Gebeten der Moscheen;
- vor allem aber auch ihres einfachen, simplistischen, damit in der Kommunikation zwischen Führung, Basis und Wählerschaft höchst wirksamen Diskurses „für Authentizität, Gerechtigkeit und Tugend gegen Korruption, Immoralität, Opportunismus und Unterordnung gegenüber dem Okzident, gegen Selbstverleugnung und kulturelle Überfremdung“.

**Die Zukunft der PJD kann eine Gratwanderung werden: sie muss sich einerseits gegenüber Monarchie und demokratischen Mechanismen loyal zeigen. Andererseits muss sie sich abgrenzen von traditionellen, radikaleren islamistischen Strömungen (Salafisten, Jihadisten), zugleich aber ihre Solidarität mit anderen Bewegungen zeigen,** wie der von Cheikh Yassine, mit der sie theologische Bezugspunkte teilt, in der aber auch radikalere Tendenzen zu Hause sind. Eine zu moderate Haltung würde das Bild der PJD normalisieren, den Verdacht ihres Wegs in die Integration des Systems, später der Regierung und ihrer Kooptation wecken und da-

mit ihre Anziehungskraft für Wähler reduzieren. Ihre Radikalisierung jedoch könnte repressive Reaktionen der Macht von Sicherheitsdiensten und Armee zur Folge haben, so wie sie jetzt schon – allerdings erheblich moderater als in Tunesien mit seinen rd. 3.000 islamistischen Verhafteten – gegenüber „fundamentalistischeren“ islamistischen Tendenzen Praxis sind.

Der algerisch-französische Maghrebexperte Benjamin Stora weist in seinem soeben erschienenen Buch „Algérie Maroc. Histoires parallèles, destins croisés“ auf das Beispiel Algeriens hin, aus dem der marokkanische PJD-Islamismus – auch in eigener Darstellung – gelernt habe. Auch dort sei die Einführung der Normen der Chariaa in ihrer orthodoxesten Form essentieller Teil der Ideologie der Avantgarde der islamistischen Bewegung(en). Zugleich habe man aber die Erfahrung machen müssen, dass man die Mehrheit der Gesellschaft nicht für dieses Projekt gewinnen könne. **Die Gesellschaft bzw. Teile von ihr erwarte von den Islamisten vielmehr eine Verbesserung ihrer Lebensumstände, eine Verbreiterung ihrer politischen und freiheitlichen Spielräume. Dieser Widerspruch bestehe selbst innerhalb der islamistischen Bewegungen: zwischen dem radikalen Projekt im Kopfe der islamistischen Elite und den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wünschen und Ansprüchen ihrer Gefolgschaft.**

Die Ernennung des Historikers Ahmed Taoufiq zum Minister für islamische Fragen (Ministre des Habous) als Ersatz für den früheren, dem zu große Toleranz gegenüber orthodoxen waghâbitischen Thesen vorgeworfen wurde, mag als Zeichen der Absicht des Regimes gedeutet werden, den marokkanischen Sufismus und die malekitische Tradition stärker zu unterstützen. Damit auch als **Versuch, einen spirituelleren, säkularisierteren und zugleich entpolitisierten Islam** zu fördern. Um sein Monopol als Inkarnation der islamischen Legitimität, damit seines Status

als „Befehlshaber der Gläubigen“ in Marokko zu wahren, muss der Monarch sich über die Konkurrenz anderer religiöser Akteure, Waghâbiten, Salafisten, Jihadisten etc. ernsthaft Gedanken machen.

Die Kommunalwahlen im Juni 2003 werden der erste Test für die Orientierung der PJD und anderer islamischer Bewegungen, aber auch für die Fähigkeit der traditionellen Parteien sein, diese Herausforderung anzunehmen.

### Die neue Regierung: Technokratie für eine exekutive Monarchie

Nach den Wahlen, die eine Fortsetzung der bisherigen „unnatürlichen“ großen Regierungskoalition aus sieben Parteien unter Führung der sozialistischen Union Socialiste des Forces Populaires zusammen mit der erheblich gestärkten nationalkonservativen Istiqlal möglich gemacht hätte, begannen Suche und Ranküne für eine parlamentarische Mehrheit, aus deren Reihen dann der Premierminister dem König vorzuschlagen gewesen wäre. Offensichtlich war die Istiqlal nicht länger bereit, Juniorpartner einer von der USFP geführten Koalition zu sein. Dies öffnete die Möglichkeit für eine von vielen marokkanischen Demokraten gewünschte bipolare parlamentarische Formation: einen Mitte-Linkspol um USFP und RNI zusammen mit den kleineren Linksparteien PPS, FFD und PSD auf der einen Seite und einen rechten Block um Istiqlal und die islamistische PJD zusammen mit populistischen Berber-Parteien andererseits. Während die erste Konstellation möglich schien, war die letztere eher unwahrscheinlich, auch da die PJD sich erheblich bessere Zukunftschancen als Opposition ausrechnen konnte.

Der König beendete den – nach Meinung mancher Leitartikler – „politischen Basar“, indem er knapp 14 Tage nach der Wahl kraft seiner verfassungsmäßigen Privilegien den früheren Innenminister Driss Jettou als „Joker“ zum Premierminister ernannte. Da diese Entscheidung als symbolische Missachtung des 1997 eingeleiteten demokratischen Transitionsprozesses, zugleich als realer Anspruch größerer exekutiver Machtmöglich-

keiten des Königs gedeutet wurde, traf sie die politische Szene als Schock. Ex-Premierminister Youssoufi, der vor den Wahlen angekündigt hatte, er stehe für keine Ämter mehr zur Verfügung, hatte offensichtlich mit einer Fortsetzung seiner Amtszeit gerechnet. Auch wegen der Person Driss Jettou wurde die königliche Entscheidung vom Unternehmerlager und der wohl von der bisherigen Regierung enttäuschten oder dem König gegenüber loyalen, großen Mehrheit der marokkanischen Bevölkerung begrüßt. Als ein „Mann des Serail“, Vertrauensperson des Königs, umgänglich und diskret, hatte sich Driss Jettou als Innenminister, der die ersten transparenten Wahlen garantiert hatte, und in verschiedenen Managementposten, u.a. als Leiter der größten (Phosphat-)Staatsbetriebe und als Verwalter des königlichen Vermögens, ein Profil mit politischer und Wirtschaftskompetenz erworben.

Der Prozess der Regierungsbildung dauerte vier Wochen, sechs Wochen vom Tag der Wahl an gerechnet. Lange, aber nicht zu lange, meinten die Marokkaner. Die Hermetik, die Diskretion des Prozesses, die Tatsache, dass die Bevölkerung von der politischen Klasse Marokkos in keiner Weise über mögliche Optionen informiert wurde, deuteten viele jedoch als erneutes Zeichen – nach der königlichen Benennung des Premierministers – der realen Irrelevanz des Wahlprozesses. Der Geburtsprozess der neuen Regierung ließ manche vom „Kaiserschnitt“, andere vom „kreibenden Berg, der eine Maus gebar“ sprechen. Mit Ausnahme der kleineren zentristischen Berber-

Partei Mouvement Populaire (MP) waren alle sechs Parteien, die die neue Regierungskoalition bildeten, auch schon in der früheren vertreten: USFP, Istiqlal, RNI, MNP und die kleinere Linkspartei PPS (Ausschreibung s. Anhang). Die Ausweitung der Regierung um sieben Posten auf 39 Minister, Staatsminister und Staatssekretäre schien ihren Kompromisscharakter zu belegen, die Notwendigkeit, die Parteien zufriedenzustellen und zugleich die königlichen Direktiven zu bedienen. Eine der marokkanischen vergleichbare Ministerzahl würde für Deutschland, von der Bevölkerungszahl her berechnet, eine über 100-köpfige, vom BSP (nach Kaufkraftparität) eine rund 818-köpfige Regierung bedeuten.

Entgegen Forderungen bzw. Bitten aus den Parteien an den König, nicht weiter an der von Hassan II stammenden Praxis der direkten Ernennung von fünf „Souveränitäts-Ministern“ (Verteidigung, Innen, Außen, Religion, Justiz) festzuhalten, erweiterte der Monarch diese „erworbenen Rechte“ sogar und ernannte inklusive des Premierministers zehn parteilose „Technokraten“ zu Ministern und Staatsministern. Wie schon in seinem Brief (mit Dekretcharakter) vom Januar 2002, in dem er (über seine verfassungsmäßigen Rechte hinausgehend, wie manche Verfassungsexperten meinten) die wirtschaftlichen Kompetenzen der regionalen Autoritäten, der Walis, auf Kosten der gewählten Exekutive stärkte und regionale Investitionszentren einrichtete, unterstrich er erneut seine Ambitionen, eine wirtschaftspolitische Dynamisierung einzuleiten. Dies durch die Benennung der Ressortinhaber für Tourismus, Transport, Städtebau, Gesundheit und die von Abderrazzak Mossadeq als für wirtschaftliche Angelegenheiten und wirtschaftliche Angleichung bzw. Stärkung der Konkurrenzfähigkeit zuständigen dem Premierminister direkt zugeordneten Staatsminister, de facto aber „Wirtschaftsminister“.

Die Zunahme von Technokraten im Kabinett gilt vielen als Chance für eine effektivere, wirkungsvollere Wirtschaftspolitik. Andere sehen in ihr einen Verlust demokratischer Kontrolle. Denn nur Minister, die aus den gewählten Parteien kommen, könnten von der Bevölkerung bei nächsten Wahlen bestraft oder belohnt werden, Technokraten entzögen sich jedoch jeglicher öffentlicher Sanktion durch die Bevölkerung. Zudem dürfe man von ihnen nicht zuviel erwarten. Denn Marokko sei zwischen 1985 und 1997 in Zeiten des früheren Königs von Technokraten regiert worden. Während dieser Periode aber hätten sich Korruption, Klientelismus und illegale persönliche Bereicherung von Amtsträgern in besonderem Maße entwickelt. Auch die derzeitigen Finanzskandale in öffentlichen Betrieben, vor allem des Finanzsektors (Crédit Immobilier et Hôtelier, Caisse Nationale du Crédit Agricole) und der Sozialversicherung (Caisse Nationale de Sécurité Sociale) seien unter der Ägide von „Technokraten“ geschehen.

**Sind die Ernennungen für die einen Zeichen größerer machtpolitischer Ambitionen des Monarchen, gelten sie anderen lediglich als notwendige Reaktion des Königs auf die geringen wirtschaftspolitischen Erfolge der vorangegangenen Alternance-Parteien-Regierung. Der Trend zu einer „exekutiven Monarchie“, in der der König nicht mehr über sein Berater-Schattenkabinett Politik beeinflussen müsse, sondern direkt über das offizielle Kabinett regieren könne, werde auch dadurch belegt, dass selbst die aus den Parteien stammenden Minister nicht auf deren Vorschlag hin, sondern als Auswahl des Premierministers (und damit des Königs) ernannt worden seien. In einer solchen Regierungskonstellation der „exekutiven Monarchie“ gehe der König allerdings größere Risiken ein, heißt es. Denn nun könne er weniger als früher mögliches Versagen der Regierung anlasten und diese oder Teile von ihr nach Bedarf entlassen. Jetzt stehe der**

### **König gewissermaßen unter „Durchgriffsverantwortung“.**

Am 21. November präsentierte Premierminister Driss Jettou sein Regierungsprogramm den beiden Kammern. In seiner Präambel benannte es als Fundamente des Staates den Islam, die konstitutionelle Monarchie, die Erfüllung territorialer Integrität (Westsahara) und die Errichtung eines Rechtsstaates. Die Prioritäten des Programms entsprachen den vom König in einer Rede zur Parlamentseröffnung im Oktober benannten: produktive Beschäftigung, wirtschaftliche Entwicklung, nützliche Erziehung und menschenwürdige Unterbringung/Behausung. **Die Programmpräsentation des Premierministers unterstrich die erwartete, pragmatische, wirtschaftspolitische Orientierung und deren Vorrang vor politischen Fragen der Demokratieentwicklung.** Elfmal wurde die Parlamentseröffnungsrede des Königs vom Oktober zitiert, 26 mal – für Marokko ungewöhnlich – Ziffern und Zahlen genannt, allerdings nur für schon begonnene Projekte: Häfen, Straßenbau, industrielle Komplexe, Tourismus, Wohnungsbau, Erziehung usw. **Eine politische Analyse und politische Begriffe wie Transition, Wandel, Liberalismus, Reform, Ungleichheit wurden gänzlich vermieden.** Die Reform der Moudawana, damit die Frauenfrage, wurde lediglich mit einem Hinweis auf die notwendigen Resultate der königlichen Kommission gestreift, Programme zur Reform der Justiz und Bürokratie nur am Rande erwähnt. Ebenso wie Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption. In der Problematik der Westsahara wurde die Referendums-Option zurückgewiesen. Analysten glaubten, aus der häufigen Verwendung der For-

mel „strategische Orientierungen des Staates seit mehreren Jahren“ auf einen starken Bezug des Regierungsprogramms auf die Vor-Alternance-Periode und damit das Ignorieren der Ergebnisse der Regierung Youssoufi schließen zu können. Zugunsten der Darstellung realisierbarer Projekte vermied der Premierminister allerdings die Aufzählung vielerlei Versprechungen.

**Die neue Regierung, ihre Bildung und ihr Programm scheinen im Hinblick auf das von Marokko mit der EU unterzeichnete Assoziierungsabkommen notwendigen wirtschaftspolitischen Impulsen (mise à niveau) und darüber möglichen sozialpolitischen Verbesserungen neue Chancen zu eröffnen. Für eine fortschreitende Demokratisierung, eine Verbreiterung der Basis und Austerisierung der Macht in Marokko mag sie ein Rückschritt sein. Ein Scheitern der Regierung Jettou, damit auch des Königs, würde derzeit wohl eher die islamistischen Bewegungen stärken, als dass sie den traditionellen großen Parteien, die nur kurz ihre Fähigkeiten beweisen konnten, neue Chancen böte. Vieles hängt in der Zukunft von deren innerer Reform und Reorientierung ab. Nicht wenige deuten die Regierungsveränderungen und die Rolle des Königs dabei auch als Wandlung des Makhzen zu einem „Neo-Makhzen“: weniger repressiv und klientelistisch, pragmatischer und entwicklungsorientierter, aber ebenso orientiert auf zentrierte Macht und Privilegien.**

### **Marokkos Außenpolitik: Nachbarschaft versus Isolierung**

Der Beginn von Vorverhandlungen über eine Freihandelszone zwischen den USA und Marok-

ko nach dem Modell des mit Jordanien geschlossenen Abkommens zeigte die strategische Bedeu-

tung, die die USA Marokko im Norden Afrikas als Anrainer der Meerenge von Gibraltar und im Kontext des Kampfes gegen Terrorismus beimesen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen den marokkanischen Sicherheitsdiensten und denen der USA (CIA und FBI) und die Aufdeckung einer „Schläfer-Zelle“ von Al Qaida in Marokko intensivierten die Beziehungen. Staatsbesuche des Königs in Russland, China, Frankreich, USA, aber auch Saudi-Arabien, Syrien, Jordanien, Kuwait und Qatar ließen aktives diplomatisches „business as usual“ vermuten.

Die am 11. Juli, dem Hochzeitstag des Königs, beginnende **Krise zwischen Spanien und Marokko** über das weniger als 100 Meter vor der marokkanischen Küste gelegene winzige Felsen-eiland Leila/Tourah, im Spanischen auch Perejil (Petersilie) genannt, die die marokkanische Öffentlichkeit wie sonst nur die Hochzeit des Königs und die Wahlen bewegte, wies auf anderes Problem hin. Sie zeigte die **geostrategische Verletzbarkeit Marokkos und das Risiko seiner Isolierung auf vier Seiten**: im Norden **Spanien**, im Süden die immer noch ungeklärte Situation der **Westsahara**, im Osten **Algerien**, mit dem vor allem wegen des Konflikts in der Westsahara die Beziehungen schlecht und die Landwege unterbrochen sind, und im Westen der Atlantik. Bis heute ist für Außenstehende unklar, wer in Marokko die Order gab, sechs Mitglieder der nationalen Gendarmerie auf dem Eiland zu stationieren. Der Zeitpunkt schien günstig, da Großbritannien und Spanien über eine Lösung der Gibraltar-Frage verhandelten. Die massive Reaktion Spaniens mit Fregatten, Hubschraubern und dem Einsatz von Militärinfanteristen, vor allem aber auch seine bedingungslose Unterstützung durch NATO und EU verwunderte, auch, weil die völkerrechtliche Situation des Eilands unklar ist. Zwar war die Insel im Jahre 1668 Spanien zugesprochen worden. Mit dem Ende des Protektorats 1956, das Marokko die Unabhängigkeit sowohl von Frankreich als auch – im Norden – von Spanien brach-

te, begann jedoch der Konflikt zwischen Spanien und Marokko über die verbleibenden spanischen Enklaven auf marokkanischem Boden bzw. vor der Küste des Landes. Im Konflikt um Leila/Tourah/Perejil argumentiert Marokko, die Insel sei mit Erlangen der Unabhängigkeit an Marokko zurückgegeben worden. Spanien erklärt dagegen, die Besetzung durch marokkanische Sicherheitskräfte habe ein stillschweigendes Übereinkommen aus den 60er Jahren verletzt, nach dem die Insel nicht dauerhaft von Militärs besetzt werden dürfe. Zu den von Spanien beanspruchten Territorien in Nordafrika zählen zunächst die beiden Städten Ceuta (marokkanisch: Sebta) und Melilla, daneben aber auch mehrere kleine mediterrane Inseln in Küstennähe. Während Marokko seit Jahrzehnten die Rückgabe der beiden Städte fordert, hat es die spanische Souveränität über die Inseln nie anerkannt und immer gegen die Präsenz spanischer Militärs auf den Inseln protestiert. Der territoriale Konflikt hat ein noch größeres Potenzial, da vor Ceuta, Melilla, aber auch zwischen der von Marokko beanspruchten Westsahara und den Kanarischen Inseln Ölvorkommen vermutet werden und sowohl von Spanien als auch von Marokko (in letzterem Fall) Explorationslizenzen vergeben werden.

**Andere Konfliktbereiche** zwischen den beiden Nachbarn sind **Drogenschmuggel, die illegale Immigration von Afrikanern über Marokko nach Spanien**, zu deren Unterbindung Marokko zu geringe Anstrengungen unternahme, die ungeklärte Situation der früheren spanischen Kolonie und heute von Marokko besetzten und beanspruchten **Westsahara**, zu der das offizielle Spanien allerdings über die Jahre ein gewisses Verständnis für die marokkanische Position zeigte, und ein **Fischereikonflikt**. Vor allem dieser führte im Jahre 2001 zur Abberufung des marokkanischen Botschafters in Spanien. Der spanische Ministerpräsident Aznar meinte damals: „Marokko bedarf Spaniens mehr als Spanien Marokkos“. In der Tat sind heute 12 % der Touristen in

Marokko Spanier, 15 % der marokkanischen Außenschuld wurde in Spanien aufgenommen, viele Marokkaner arbeiten als Saisonarbeiter in Spanien. Spanien ist Marokkos zweitwichtigster Handelspartner. Zudem waren größere Projekte zwischen beiden Ländern vereinbart, so eine Elektrizitätsverbindung und eine Europa-Maghreb-Gaspipeline. Ein Angebot des marokkanischen König im Dezember anlässlich der vom havarierten Tanker Prestige ausgelöste Umweltkatastrophe an den Stränden Galiciens, galizische

Fischer mögen in marokkanischen Gewässern fischen, wurde auch in Spanien als Geste des guten Willens wahrgenommen. In marokkanischen Medien wird der Geist des Freundschaftsvertrages zwischen Spanien und Marokko vom Jahre 1991 wie auch das gemeinsame kulturelle Erbe beschworen. Sie inspirierten die Regierungskonsultationen zwischen beiden Ländern im Januar 2003 und führten u.a. nach dem Besuch des spanischen Außenministers in Marokko zur Rückkehr der Botschafter auf ihre Posten.

### Zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung

Anfang der 90er Jahre beschrieb der damalige König Hassan II in poetischer Weise Marokko als „Baum, dessen Wurzeln in afrikanischem Boden wachsen, dessen Blätter aber im Winde Europas rauschen“. Schon damals wurde von Marokko bei der Europäischen Union zaghaft wegen einer – politischen – Mitgliedschaft angeklopft. Brüssel antwortete mit dem Angebot eines wirtschaftlichen Assoziierungsabkommens, vergleichbar mit dem Israels und Tunesiens, das im Jahre 1996 unterzeichnet wurde, 2000 in Kraft trat und voraussichtlich erst nach dem vereinbarten Datum 2010 Realität werden wird. Ohne Illusionen, aber mit großem Interesse sieht die marokkanische Elite daher die EU-Mitgliedschaftsbemühungen der Türkei. Das Sträuben und Zögern Europas wird gerne als Zurückweisung der islamischen Welt interpretiert.

Dabei scheinen die notwendigen, wahrlich titanischen Anstrengungen Marokkos zur Vorbereitung auf eine Freihandelszone oder gar, in ferner Zukunft, eine besonders geartete EU-Mitgliedschaft, unterschätzt zu werden: Marokko ist im MONA-Raum mit ca. 30 Mio. Einwohnern ein eher **großes Land** (Ägypten: 64, Algerien: 31, Tunesien: 10, Syrien: 16, Israel: 6) und mit nur 4,1 % über 65 Jährigen bzw. 92,6 % unter 60 Jahren,

**das „jüngste“ Land der Region.** Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 1.180 US \$ (im Jahre 2000) bzw. 3.410 US \$ nach Kaufkraftparitäten berechnet, ist es allerdings auch ein **armes Land** (Ägypten: nach PPP 3.690, Algerien: 5.040, Tunesien: 6.090, Türkei: 7.030, Polen: 9.030, Spanien: 19.180). Im UNDP-Human Development Report (Tabelle 1) belegt Marokko den 123. Platz von insgesamt 173 erfassten Ländern (Türkei: Platz 85, Tunesien: 97, Ägypten: 115, Polen: 37). Die Lebenserwartung ist mit 67,2 Jahren (Tunesien: 69,9, Türkei: 69,5, Polen: 73,1) niedrig, die Kindersterblichkeit trotz erheblicher Verbesserungen (1970: 187 auf 1.000 Geburten) mit 53,0 (Türkei: 48,0, Tunesien: 30,0, Portugal: 6,0) weiterhin hoch. Trotz Anstrengungen in den letzten Jahren hat Marokko auch bei vielen anderen sozialen Indikatoren erheblichen Nachholbedarf. So kamen beispielsweise in der Periode 1990–1999 in Marokko 2.174 Einwohner auf einen Arzt, während die Ziffer in Tunesien 1.429, in der Türkei 826, in Polen 424 betrug (s. Anhang Tab. 3). Vor allem die Analphabetenrate von 52 % im Jahre 1999 wird auch von patriotischen Marokkanern als ein einer menschenrechtswidrigen Politik zu Zeiten Hassans II geschuldeter Skandal bezeichnet (Algerien: 33 %, Tunesien: 30 %, Ägypten 45 %, Türkei: 15 %, Kolumbien: 9 %

Tabelle 2). Die ländliche Bevölkerung und hier besonders Frauen, mit einer Analphabetenrate von um die 90 %, sind davon besonders betroffen. Mit seinen Ausgaben im Erziehungsbereich in Höhe von 5,3 % des BSP (1996-2000) liegt Marokko im Mittelfeld der Schwellenländer vor der Türkei (2,2 %), oder Mexiko (4,9 %), allerdings hinter Tunesien (7,7 %) oder Polen (7,5 %).

In seiner **wirtschaftlichen Performance** hängt Marokko (BIP 2002: 40 Mrd. US Dollar) weiter-

hin stark von seiner Landwirtschaft und damit von Dürre- und Regenperioden ab. Die Landwirtschaft trägt mit ca. 15 % zum BIP bei (verarbeitender Sektor: 20,8 %, Dienstleistungen: 46,4 %, Bausektor: 6,0 %, Minen: 2,4 % im Jahre 2000). In ihr arbeiten weiterhin ca. 45 % der aktiven Bevölkerung. Dürre- bzw. Regenperioden erklären auch die starken Ausschläge im **Wachstum** (2002: 4%, 2001: 6,5 %, 2000: 0,9 %, 1998: 7,7 %).

Tabelle 1: Position Marokkos im Human Development Index (im Vergleich)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
<b>Marokko</b>	<b>119</b>	<b>125</b>	<b>126</b>	<b>124</b>	<b>112</b>	<b>123</b>
Indonesien	99	96	105	109	102	110
Tunesien	81	83	102	101	89	97
Türkei	74	69	86	85	82	85
Malaysia	60	60	56	61	56	59
Mexiko	50	49	50	55	51	54
Chile	30	31	34	38	39	38
Polen	58	52	44	44	38	37
Portugal	31	33	28	28	28	28
Korea	32	30	30	31	27	27
Irland	17	17	20	18	18	18

Quelle: Human Development Report 2002

Tabelle 2: Alphabetisierungsrate Marokkos im internationalen Vergleich

	1997	1998	1999
Polen	99,0	86,4	99,7
Korea	97,2	97,5	97,6
Chile	95,2	99,7	95,6
Portugal	90,8	91,4	91,9
Mexico	90,1	68,7	91,1
Malaysia	85,7	47,1	87,0
Indonesien	85,0	85,7	86,3
Türkei	83,2	84,0	84,6
Tunesien	67,0	68,7	69,9
<b>Marokko</b>	<b>45,9</b>	<b>47,1</b>	<b>48,0</b>

Quelle: Human Development Report 2002

Marokko hat in den letzten Jahren seine **makroökonomischen Eckdaten stabilisiert**. Die Inflation liegt 2002 mit 2,5 % knapp über dem Durchschnitt der Periode 1995–2001 (2,3 %) (Tunesien: 3,6 %, Türkei: 73,7 %). Es wurden Anstrengungen unternommen, die öffentlichen Finanzen zu sanieren: das **Haushaltsdefizit** betrug in der Periode 1993–2001 3 % inkl. Privatisierungsgewinne. Da die erwarteten Privatisierungserlöse im Jahre 2002 nicht zustande kommen, wird ausnahmsweise ein hohes Defizit von etwa 7 % erwartet, das 2003 allerdings wieder auf ca. 3 % zurückgeht. (Diese Ziffer würde sich allerdings auf 6,6 % erhöhen, wenn die erwarteten Privatisierungseinnahmen ausgerechnet würden.) Die Höhe des strukturellen Haushaltsdefizits erklärt sich zum einen durch die Größe des informellen Sektors, der eine ungenügende Konjunktur-Elastizität der Einnahmen bewirkt, durch den Druck des Schuldendienstes und durch die Personalausgaben des Staates. In Verhandlungen mit dem Pariser Club ließen sich die **Auslandsschulden** von 69 % (1995) auf 43 % des BIP im Jahre 2001 senken. Zugleich aber stieg die Inlandschuld. Die **Staatsausgaben für Personal** erreichen in Marokko 16 % des BIP und liegen damit erheblich höher als in der Region üblich. So gibt Tunesien mit einer ähnlichen Wirtschaftsstruktur lediglich 12 % des BIP für Löhne und Gehälter im Staatssektor aus. Nach einer Weltbankstudie sind es weniger die Anzahl der Staatsdiener als ihre relative Gehaltshöhe, die diesen Ausgabendruck verursachen. **Die Stabilisierung der makroökonomischen Daten bleibt, trotz struktureller Reformen, fragil**. Dies mag auch das relativ schwache Wachstum Marokkos erklären, das von 4,1 % in den 80er Jahren auf 2,9 % in den 90ern absank und damit erheblich geringer ist als das anderer Schwellenländer, auch der Region (Tunesien: 6 %, Ägypten: 5,9 %, Türkei: 3,8 %).

**Marokko hat seine Wirtschaft erst relativ langsam geöffnet. Dennoch liegt es mit einer**

**Öffnungsrate von 60 % im Jahre 2001 im Mittelfeld von „emerging economies“:** über den klassischen Importsubstitutionsländern Ägypten (30,6 %) und Türkei (36,2 %), unter Tunesien (70,3 %) oder gar Irland (119,1 %) oder Malaysia (161,4 %). Der Beginn von Verhandlungen mit den USA zwecks Einrichtung einer Freihandelszone und die eventuelle Implementierung der vereinbarten Freihandelszone zwischen den Ländern der „Agadir-Erklärung“ (Ägypten, Jordanien, Marokko, Tunesien) werden Test für weitere Öffnungsschritte sein.

Nach der 5 %igen Abwertung des Dirham im Jahre 2001 ist der **Währungsaußenwert** 2002 annähernd stabil geblieben. Er ist allerdings immer noch leicht höher als der des tunesischen Dinar. Lediglich bei Ausbleiben der erwarteten Privatisierungseinnahmen im Jahre 2003 wird zwecks Senkung des Dollar-Werts der Binnenschuld mit einer neuen Abwertung gerechnet. Die **Arbeitsproduktivität** in Marokko ist nach einer Studie des marokkanischen Finanzministeriums höher als in Tunesien oder Ägypten. Allerdings sind 74 % der in Marokko Beschäftigten ohne irgendeinen Abschluss, lediglich 15,5 % haben eine Basisausbildung durchlaufen. Auch die R&D-Ausgaben in Marokko sind mit 0,7 % des BIP (2002) ungenügend. Nur 400 bis 500 Erfindungen werden in Marokko pro Jahr registriert, Ausbildungsgänge für Ingenieure und Techniker sind an den Hochschulen gegenüber Sozial-, Humanwissenschaften und Jura unterrepräsentiert. Auch der Zugang zu ausländischer Technologie ist relativ gering: nur 18,5 % der Importe im Jahre 2001 waren Ausrüstungsgüter. Lediglich 2 % des marokkanischen BIP wird von der **Telekommunikation** erwirtschaftet. Die Telefondichte nahm 1990–1999 von 1,68 auf 6,5 Linien pro 100 Einwohner zu, bleibt aber erheblich unter der anderer „emerging economies“ (Türkei: 22,4, Chile: 15,6). Marokko hat mit Ägypten im Ländervergleich die höchsten Kommunikationstarife. Dies, obwohl die Kommunikationskosten nach

der Liberalisierung der Telekommunikation im Jahre 1999 gesunken sind.

Auch das **institutionelle Umfeld** für Investitionen weist im Vergleich zu anderen Schwellenländern, nach Angaben einer Studie des marokkanischen Finanzministeriums vom November 2002, besondere **Schwächen** auf: sowohl was **Eigentums- und Patentrechte** als auch was **arbiträre Verwaltungsaufgaben und Unsicherheiten auf dem Rechtsweg** angeht. In dem von Transparency International herausgegebenen Korruptions-Perzeptions-Index (CPI) nimmt Marokko im Jahre 2002 den 54. Rang von 102 Ländern ein, nach Tunesien und Polen, allerdings vor Ägypten und der Türkei (s. Anhang Tabelle 5).

Die **Arbeitslosenrate** ist offiziell von 12,3 % (2001) auf 10,4 % im Jahre 2002, die städtische Arbeitslosenrate von 19,7 auf 17,1 %, die ländliche von 4,2 auf 3,2 % gesunken. Inoffizielle Quellen gehen allerdings davon aus, dass die Raten real um bis zu 50 % höher liegen. Die Jugendarbeitslosigkeit bleibt mit 36,1 % (zwischen 15 und 24 Jahren) auch nach offiziellen Angaben sehr hoch (Türkei: 13,2 %, Polen: 35,2 %).

Steigende **Exporte** von Landwirtschaftsprodukten und Phosphaten bei nur gering zunehmenden Importen haben das Handelsbilanzdefizit im Jahre 2002 verringert. Es wird aber mehr als ausgegli-

chen durch Inlandsüberweisungen von im Ausland lebenden Marokkanern und durch den Tourismus, so dass für 2002 ein Leistungsbilanzüberschuss von 1,6 % des BIP erwartet wird. **Hauptabnehmerländer** marokkanischer Exporte sind Frankreich (24,3 %), Spanien (11,4 %), gefolgt von England (7 %) und Italien (5,6 %). Dementsprechend stammen die meisten Importe ebenfalls aus Frankreich (22,3 %) und Spanien (11,6 %), gefolgt von Italien (6,5 %) und Deutschland (5,4 %) (s. Anhang Tab. 4).

**Die Wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen der neuen Regierung werden dieselben sein, der sich die Regierung Youssoufi 1998 stellen musste: Reformen der sog. zweiten Generation (Bürokratie, Justiz, Arbeitsgesetzgebung ...), Verbesserung der Infrastruktur und vor allem Investitionen in das Humankapital, um verstärkt Auslandsinvestitionen anzuziehen. Kampf gegen die Korruption als Teil der Justizreform, Mobilisierung der internen Spar- und Investitionsrate, Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit, aber auch Reduzierung der in den letzten zehn Jahren zunehmend entwickelten Formen der semi-mafiösen Bereicherung kommen hinzu.** Für die Verbesserung des Investitionsumfeldes scheint die königliche Initiative der Einrichtung von regionalen Investitionszentren ein guter Anfang gewesen zu sein.

### 3. Ausblick: Reform der Moudawana als Nachweis marokkanischer Modernität ?

Das moderne Marokko, nicht nur seine Frauen, erwarten mit Spannung die zunächst nicht öffentlichen Empfehlungen der Kommission zur Reform des Personenstandsrechts, die der König auf Bitten des damaligen sozialistischen Premierministers im Jahre 2001 eingerichtet hatte. Die Moudawana wurde 1957, also ein Jahr nach der marokkanischen Unabhängigkeit, der Überwin-

dung des französischen Protektorates, kodifiziert. Ihre Ausformung übersetzte damals den marokkanischen Wunsch einer Rückkehr zu seinen religiösen Wurzeln und seiner kulturellen Identität. **Im Prozess der Modernisierung der Gesellschaft wurde die Kluft zwischen der Notwendigkeit einer Beteiligung der Frau an der Entwicklung des Landes einerseits und ihrer**

**Unterdrückung in der Familie und Diskriminierung gegenüber dem Mann, wie sie in der Moudawana festgeschrieben ist, zunehmend auch von Entscheidungsträgern erkannt.** Verkehrs-, Wirtschafts-, aber auch öffentliches Recht sind heute als positives Recht geregelt und werden damit den realen Entwicklungen angepasst. Lediglich im Familien- und Frauenrecht gilt die religiöse „Rechtsetzung“ bzw. Interpretation. Der Islamspezialist Abdelmajid Chorfi von der Universität Tunis analysiert: Anthropologische und historische Studien haben gezeigt, dass vor allem in zwei Bereichen der Übergang von einer religiösen Gesetzgebung (oder eher Interpretation) zu einer positiven Gesetzgebung besonders schwierig sind ... Dieses sind die Bereiche der Familie und der Macht.“ **Gerade in der Frauenfrage scheinen sich in der arabischen Welt politische Interessen und theologische Interpretationen, Ideologien mit realen Entwicklungen und deren juristischen Ausformungen in besonderer Weise zu verknoten.**

Ein erster Versuch der Revision der Moudawana im Jahre 1993 blieb folgenlos. Ein erneuter Anlauf der Alternance-Regierung der Reform innerhalb eines „Aktionsplans für die Integration der Frau in die Entwicklung“ (PIFD) wurde von dieser wegen des erheblichen Widerstandes des konservativ-religiösen Lagers, das entscheidend mehr Menschen auf die Straße brachte als die Reformanhänger, abgebrochen. Bei diesem Plan richtete sich der Widerstand nur gegen den vierten Korb, das „Statut personnel“, nicht gegen die Verbesserung der Stellung von Frauen in Wirtschaft, Politik oder Gesundheit (den drei anderen Körben). Die Regierung Youssoufi glaubte, dem Konflikt über den PIFD entgehen zu können, indem sie die Frage in den Bereich des Religiösen und damit in die Entscheidung des „Befehlshabers der Gläubigen“, also des Königs, verschob. Dieser richtete im Jahre 2001 eine königliche Kommission ein, die ihm bis Ende 2002 Vorschläge unterbreiten sollte. Er gab dieser auf den Weg, sie möge in

ihrem Vorschlag einen Weg weisen, der die „Werte, die die Basis unserer Identität ausmachen mit dem Zeitgeist der Universalität der Menschenrechte“ versöhnen möge. Zugleich empfahl er der Kommission, sie möge sich nicht an „frühere Rechtssprechungen (sprich: religiöse Interpretationen) binden, die sicherlich in ihrer Zeit und ihrem Umfeld ihre Berechtigung gehabt haben“.

Hier setzte auch die Argumentation der Reformbefürworter und damit auch der marokkanischen säkularen Frauenbewegung an: Die Oulemas, die religiösen Rechtsgelehrten, hätten systematisch ihre konservative malekitische Rechtsinterpretation (fiqh) als islamisches Dogma, Teil der Chariaa (Koran plus überlieferte Tradition des Propheten) ausgegeben. Eine moderne, den gesellschaftlichen Wirklichkeiten entsprechende Definition der Rechte der Frau innerhalb der Familie sei mit der Chariaa durchaus vereinbar. Um Konflikte mit und Blockaden von orthodoxer islamistischer Seite zu vermeiden, stellten die Kampagnen der Reformbewegung daher auch konkrete Frauenschicksale in den Vordergrund: einseitige Verstoßung der Frau durch den Mann ohne Unterhaltsrechte, Verheiratung von Mädchen mit 15 Jahren durch den Vater gegen ihren Willen, Gewalt gegen Frauen in der Ehe ohne deren Scheidungs- und/oder Sanktionsmöglichkeiten usw.. Die Darstellung solcher durch die Moudawana erzwungenen Schicksale sollten die gesellschaftspolitische Dysfunktionalität und Absurdität des rechtlichen Basisgedankens der Moudawana, der Vereinbarung zwischen Mann und Frau eines – fast – bedingungslosen Gehorsams letzterer für das Versorgungsversprechen des ersteren, evident werden lassen.

Es heißt, die Kommission habe sich nicht einigen können und gebe daher zwei Empfehlungen ab. Erneut wird der König, als „Befehlshaber der Gläubigen“ (vermutlich im März) entscheiden müssen. Aber diese Entscheidung trifft er auch in

seiner zweiten Funktion: der ihm nach den Wahlen zugeschriebenen neuen Rolle als „exekutiver Monarch“, in die ihn ironischerweise die Exeku-

tive selbst, der damalige Premierminister und seine Regierung, – zumindest im Falle der Reform der Moudawana – gedrängt hatten.

## Anhang

## 1. Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 27. September 2002

Ergebnisse nach politischer Tendenz (Anzahl der Sitze und %)

	Parteien	Politische Tendenz	Zahl d. Sitze 1997	Zahl der Sitze 2002			% geschätzt
				Lokale Listen	Nation. Listen	Gesamt	
1	Union Socialiste des Forces Populaires (U.S.F.P.)	Sozialdemokratisch	57	45	5	50	15,4
2	Parti de l'Istiqlal (P.I.)	Konservativ	32	43	5	48	14,8
3	Parti de la Justice et du Développement (PJD)	Islamistisch	9	38	4	42	12,9
4	Rassemblement National des Indépendants (R.N.I.)	Liberal/oligarchisch	46	38	3	41	12,6
5	Mouvement Populaire (M.P.)	Ethnisch, Berber	40	25	2	27	8,3
6	Mouvement National Populaire (M.N.P.)	Ethnisch, Berber	19	16	2	18	5,5
7	Union Constitutionnelle (U.C.)	Rechts	50	14	2	16	4,9
8	Parti National Démocrate (P.N.D.)	Rechts	10	10	2	12	3,7
9	Parti du Front des Forces Démocratiques (F.F.D)	Links	9	10	2	12	3,7
10	Parti du Progrès et du Socialisme (P.P.S.)	Links	9	9	2	11	3,4
11	Union Démocratique (UD)	Ethnisch, Berber	-----	9	1	10	3,1
12	Mouvement Démocrate Social (M.D.S)	Ethnisch, Berber (Hofpartei)	32	7	0	7	2,1
13	Parti Socialiste Démocratique (P.S.D)	Sozialdemokratisch	5	6	0	6	1,8
14	Parti Al Ahd	Ethnisch, Berber	-----	5	0	5	1,5
15	Alliance des Libertés (ADL)	Liberal	-----	4	0	4	1,2
16	Parti de la Gauche Socialiste Unifiée (P.G.S.U.)	Links-sozialistisch	-----	3	0	3	0,9
17	Parti de la Réforme et du Développement (PRD)	Liberal	-----	3	0	3	0,9
18	Parti Marocain Libéral (PML)	Liberal	-----	3	0	3	0,9
19	Parti des Forces Citoyennes (PFC)	Unternehmernah	-----	2	0	2	0,6
20	Parti de l'Environnement et du	Grün	-----	2	0	2	0,6

	Développement (PED)						
21	Parti Démocratique et de l'Indépendance (PDI)	Rechts	1	2	0	2	0,6
22	Congrès National Ittihadi (CNI)	Links-sozialistisch	-----	1	0	1	0,3
23	Parti de L'Action (P.A)	Mitte	2	0	0	0	0
24	Parti du Centre Social (PCS)	Mitte	-----	0	0	0	0
25	Initiatives Citoyennes pour le Développement (ICD)	Ethnisch, Berber	-----	0	0	0	0
26	Parti du Renouveau et de l'Equité (PRE)	Ethnisch, Berber	-----	0	0	0	0
GESAMT				295	30	325	

**Tabelle 3: Einwohner pro Arzt im internationalen Vergleich**

	1992 - 1995
Indonesien	6.250
<b>Marokko</b>	<b>2.174</b>
Malaysia	1.515
Tunesien	1.429
Chile	909
Türkei	826
Korea	735
Mexico	538
Irland	457
Polen	424
Portugal	321

Quelle : Human Development Report 2002

**Tabelle 4: Wirtschaftsdaten Marokko (in %) 2001-2004**

	2001	2002	2003	2004
Wachstum	6.5	4.0	4.3	5.6
Landwirtschaftswachstum	27.3	8.0	3.0	3.0
Arbeitslosenrate	19.5	19.0	18.0	17.0
Inflation	0.6	3.0	2.2	2.0
Haushaltsdefizit (inkl. Privatisierungseinnahmen)	-2.6	-7.0	-2.9	-2.8
Exporte (fob) US \$ Mia	7.1	7.5	8.0	8.6
Importe (fob) US \$ Mia	10.2	10.4	11.0	11.9
Leistungsbilanz in % BIP	3.6	1.4	1.0	1.3
Außenschuld US \$ Mrd	17.1	17.7	17.8	17.6
Wechselkurs Dirham : Euro	10.12	10.16	11.59	11.93

Quelle : The Economist Intelligence Unit Limited 2002

Tabelle 5 : Korruptions-Perzeptions-Index 2002

Rang	Land	CPI
17	Chile	7,5
34	Malaysia	4,9
39	Tunesien	4,8
43	Südkorea	4,5
49	Polen	4,0
<b>54</b>	<b>Marokko</b>	<b>3,7</b>
52	Ägypten	3,4
65	Türkei	3,2

Quelle : Transparency International 2002 (0 = höchste Korruption, 10 = geringste Korruption)